

II-13745 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6679 AB

1994-05-25

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Puttinger
und Kollegen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend nicht eingehaltene Zusagen über die finanzielle
Beteiligung des Bundes bei Salzburger Nahverkehrsvorhaben

Die großen Investitionen der Stadt Salzburg im Bereich des Bahnhofvorplatzes können nur dann voll wirksam werden und ihre verkehrspolitische Effizienz erhalten, wenn die Lokalbahn zumindest bis zum Mirabellplatz verlängert wird. Diese Verlängerung würde aufgrund der Prognosen von Verkehrsexperten bis zu 4.000 Pendler zum Aufsteigen auf die Lokalbahn bewegen und darüber hinaus die Möglichkeit für ein attraktives Park and Ride-System für den Tagestouristen schaffen. Nach den zur Verfügung stehenden Kostenermittlungen würde die Verlängerung der Lokalbahn 600 bis 800 Mio. Schilling benötigen, wobei eine rasche Vorentscheidung eine Verringerung der Kosten um etwa 50 Mio. Schilling zur Folge haben würde. Bisherige Gespräche zwischen dem Bund, der Stadt und dem Land über die Finanzierung der Verlängerung blieben jedoch bis dato ohne Erfolg.

Der Finanzierungsvertrag aus dem Jahre 1991 betreffend Tieferlegung der Lokalbahn in Salzburg sah eine klare Kostenteilung zwischen Bund, Land Salzburg und Stadt Salzburg vor. Da die Kosten für dieses Projekt auf der Basis der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses geltenden Preise berechnet wurden, war

bereits zum Vertragsabschlußtermin klar, daß allfällige Mehrkosten wiederum unter den drei Gebietskörperschaften aufzuteilen sind.

In Vorsprachen von Vertretern der Salzburger Stadtwerke Aktiengesellschaft beim Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr am 13.5.1993 und am 16.9.1993 hat dieser ausdrücklich die Zweckmäßigkeit der Tieferlegung der Lokalbahn anerkannt und die grundsätzliche Bereitschaft des Bundes, sich an der Finanzierung von Mehrkosten von etwa 265 Mio. Schilling zu beteiligen, bekundet. Auf ein Schreiben des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Salzburg hat der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr am 11.2.1994 allerdings geantwortet, daß sich der Bund an den Mehrkosten der Tieferlegung der Lokalbahn nicht beteiligen wird.

Hingegen beteiligt sich die Republik Österreich nach dem Schienenverbundvertrag mit 50% der Kosten am Bau der Wiener U-Bahn und wird somit alleine für die Fertigstellung der U3 und der U6 bis zum Jahre 1998 19 Mrd. Schilling bezahlen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

- 1) Wie beurteilen Sie aus verkehrspolitischer Sicht die Verlängerung der Lokalbahn Salzburg bis zum Mirabellplatz?
- 2) Mit welchem Betrag wird sich der Bund an den Kosten für die Verlängerung der Lokalbahn beteiligen?
- 3) Halten Sie es aus verkehrspolitischer Sicht für sinnvoll, derzeit nur die Tieferlegung der Lokalbahn durchzuführen, ohne gleichzeitig die Verlängerung in Angriff zu nehmen?

- 4) Wird sich der Bund gemäß Ihrer grundsätzliche Zusagen vom 13.5.1993 und 16.9.1993 an den Mehrkosten betreffend Tieferlegung der Lokalbahn Salzburg beteiligen?
Wenn ja, wie hoch wird der Beitrag in etwa sein?
Wenn nein, wie begründen Sie das?
- 5) Wie begründen Sie Ihren, innerhalb eines halben Jahres vollzogenen, Meinungswechsel von einer Zusage hin zu einer Ablehnung der finanziellen Beteiligung des Bundes?
- 6) Wie begründen Sie die wesentliche Beteiligung des Bundes an Nahverkehrsvorhaben im Großraum Wien – verglichen mit der Weigerung, derartige Vorhaben in anderen österreichischen Ballungszentren zu fördern?
- 7) Werden Sie unter Einbeziehung des Gesichtspunktes, daß Nahverkehrsvorhaben in allen Ballungszentren gleich gefördert werden sollen, Ihre Entscheidung neuerlich überdenken?
Wenn nein, warum nicht?